

Regulierung

Bankenunion ohne EDIS?

EDIS ... vier Buchstaben, so viele Emotionen. Über die sogenannte Europäische Einlagensicherung wird nämlich schon seit vielen Jahren trefflich gestritten. Auch nun wieder, nachdem Euro-Gruppen-Chef Pascal Donohoe kürzlich bei einer Videokonferenz den Euro-Finanzministern ein neues Zwei-Phasen-Modell für eine Umsetzung der Europäischen Einlagensicherung vorgestellt hat – das aus seiner Sicht ein Kompromissvorschlag darstellt, der vor allem die Wünsche der deutschen Regierung berücksichtigen soll. Denn die neue Bundesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag erklärt, lediglich einem sogenannten Rückversicherungssystem zuzustimmen, bei dem sich die nationalen Sicherungssysteme der Banken (länderübergreifend) gegenseitig in Notlagen unterstützen würden. Eine klare Absage erteilt die Regierung hingegen dem Ansatz einer gemeinsamen Haftung für Spareinlagen in ganz Europa.

Diesen Gedanken greift Donohoe in seinem Zwei-Phasen-Modell auf. So ist ab 2025 in der Tat lediglich geplant, dass sich die nationalen Einlagensicherungssysteme der Länder in Phase 1 gegenseitig Geld leihen, sollten Banken in Schwierigkeiten geraten. Ab 2028 sieht Phase 2 des Vorschlags dann aber vor, dass es doch irgendwie zu einer gemeinsamen Einlagensicherung kommen soll, aus der heraus Schief lagen in einzelnen Ländern angegangen werden können. Da der Euro-Gruppen-Chef bei der Vorstellung seines Vorschlags aber dermaßen schwammig argumentierte, blieben nahezu alle Fragen offen. Wie wird dieser gemeinsame Einlagensicherungstopf befüllt? Was passiert mit den nationalen Einlagensicherungssystemen? Bleiben Ausnahmetatbestände für Institutssicherungssysteme bestehen? Welche Rolle spielt künftig das Single Resolution Board, denn auch über eine Neuordnung des Abwicklungsmechanismus ist wohl gesprochen worden? Wer entscheidet über Sanierung oder Abwicklung? Werden auch LSI ab 2028 dem Abwicklungsregime unterstellt?

Zu viele Fragezeichen für die deutsche Seite, die den Vorschlag entsprechend ablehnte und wie weitere Länder auch um Nachbesserung gebeten hat. „Wenn sich diese Vorschläge durchsetzen, haftet der deutsche Kleinsparer

im Ernstfall für die Eskapaden maroder Banken in Südeuropa. Das wäre der Anfang vom Ende des Haftungsprinzips. Das muss der Bundesfinanzminister unbedingt verhindern. Das höchste der Gefühle wäre ein rückzahlungspflichtiger Liquiditätspuffer“, so der Europaabgeordnete Markus Ferber (CSU). Das ist ein weiterer Rückschlag für das prestigeträchtige Projekt Bankenunion. So blieb Donohoe nach dem Treffen nur festzustellen: „Es gab ein breites Einverständnis der Kollegen, dass wir bei der Bankenunion Fortschritte machen müssen.“ Diese sollen nun im Juni beim nächsten Treffen erzielt werden. Bis dahin will Donohoe das Gespräch mit den Ländervertretern suchen und seinen Vorschlag nachbessern.

Es besteht aber natürlich die Gefahr, dass auch dann keine Einigkeit hergestellt werden kann. Doch was sind eigentlich die Alternativen? Eine Bankenunion ohne EDIS ist längst nicht mehr so unwahrscheinlich wie noch vor einigen Monaten, auch wenn EU-Kommission, EZB und Aufsichtsbehörden eine vollständige Vollendung der Bankenunion als fundamental für die Stabilität und Attraktivität des Finanzmarktes Europas betonen. Es sollte bei allen nachvollziehbaren Versuchen einer Einigung aber nicht der Eindruck entstehen, dass diesem Ziel nationale Interessen untergeordnet und auf trickreichen Umwegen wie Modellen mit mehreren Phasen, die auf Zeit und einen gewissen Gewöhnungseffekt abzielen, eine gemeinsame Einlagensicherung um jeden Preis durchdrücken zu wollen.

Sparkassen

Zeitenwende?

Natürlich kommt der Ukraine-Krieg für die deutschen Banken und Sparkassen zur Unzeit. Denn er sorgt für weitere Unsicherheit, auch wenn die direkte Betroffenheit der Institute bislang überschaubar ist, und stellt sie vor neue, zusätzliche Herausforderungen. Der Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes Michael Breuer spricht angesichts all dessen von einer „Zeitenwende“. Das mag sicherlich für viele geo- und europapolitische Belange richtig sein. Für seine krisenerprobten 29 Mitgliedsinstitute bleibt auf den ersten Blick aber zumindest erst einmal vieles beim Alten.



Der hohe Einlagenzufluss hielt auch 2021 an, ebenso die starke Nachfrage der Unternehmenskunden nach Krediten und der Privatkunden nach Wohnungsbaufinanzierungen. Die Kundeneinlagen sind um 4 Prozent auf 144 Milliarden Euro gewachsen, das Kundenkreditvolumen etwas langsamer um 3,6 Prozent auf 132,8 Milliarden Euro. Zwar liegen hier die Kredite an Unternehmen und Selbstständige mit insgesamt 69,6 Milliarden Euro noch vor den Ausleihungen an Privatpersonen mit 54,3 Millionen Euro, doch ist das Wachstum bei Wohnungsbaufinanzierungen enorm – beeindruckend sagen die einen, erschreckend die anderen. In den vergangenen zehn Jahren stiegen die Darlehen in diesem Segment um satte 98,9 Prozent. Diese Zuwächse in einem Markt mit extremen Preissteigerungen bei den Immobilien will die Bankenaufsicht ein wenig drosseln und hat kürzlich dementsprechend den antizyklischen Kapitalpuffer und einen zusätzlichen Puffer für Wohnimmobilienkredite aktiviert.

Das sei „vorsichtig ausgedrückt höchst kontraproduktiv“, stellte Breuer mit Blick auf 1,1 Milliarden Euro, die die Institute nach RSGV-Berechnungen durch die erhöhten Anforderungen nicht mehr für die Kreditvergabe nutzen können, fest. Gleichzeitig sagte der RSGV-Präsident aber, dass er sich keine Sorgen mache, dass die Kreditvergabe im laufenden Jahr eingeschränkt werde. Das ist genau die Argumentation der Aufsicht, die in einer guten Phase mit ausreichend Liquidität einen Puffer aufbauen will. Und wenn es tatsächlich zu keiner Einschränkung des Kreditangebots kommt, liegt sie damit doch richtig, oder?

In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung der 29 rheinischen Sparkassen setzte sich der Trend der vergangenen Jahre ebenfalls fort. Denn die doch kräftigen Einbußen im Zinsergebnis (minus 127 Millionen Euro auf 2,273 Milliarden Euro) konnten weder von steigenden Provisions-einnahmen (plus 62 Millionen Euro auf 1,178 Milliarden Euro) noch von sinkenden Kosten (minus 14,5 Millionen Euro auf 2,623 Milliarden Euro) ganz aufgefangen werden. Entsprechend sank das Betriebsergebnis vor Bewertung um 4,4 Prozent oder 41,3 Millionen Euro auf 893,1 Millionen Euro. „Gerettet“ wurde das Jahr von der von Vorsicht geprägten Risikovorsorgepolitik der Vorjahre. Denn beim Bewertungsergebnis Kredit schlug sich zum Jahresultimo 2021 mit Zuschreibungen von 83,2 Millionen Euro ein Ergebniswings gegen-

über dem Vorjahr in Höhe von 214,9 Millionen positiv nieder. Entsprechend üppig viel das Betriebsergebnis nach Bewertung aus, das um gut 170 Millionen Euro auf 919 Millionen Euro zulegen konnte. Vieles wurde davon wieder in die sonstige Risikovorsorge gepackt, die gegenüber dem Vorjahr um 165 Millionen Euro auf 475,4 Millionen Euro erhöht wurde, sodass am Ende ein Ergebnis vor Steuern von 444,5 Millionen Euro übrig ist, knapp über dem Vorjahreswert. Eine Cost Income Ratio von 73,8 Prozent und eine Kernkapitalquote von 15,8 Prozent sind ebenfalls auskömmlich. Nein, von einer Zeitenwende muss man da zum Glück (noch) nicht sprechen. Von herausfordernden Zeiten allemal.

Asset Management

„Wenn die Inflation erst mal aus der Flasche ist ...“

Der Markt für Exchange Traded Funds (ETFs) boomt und wächst, da hat auch die Pandemie nichts daran geändert, im Gegenteil. Auch die ETFs haben vom Aufschwung der Kapitalmärkte profitiert. Und wie! Einer Studie von PricewaterhouseCoopers (PwC) zufolge haben sich die globalen Assets under Management in ETFs von 3,4 Billionen US-Dollar im Jahr 2016 auf über 10 Billionen US-Dollar im November 2021 fast verdreifacht. Doch damit nicht genug, in der gleichen Studie prognostiziert PwC, dass sich das Volumen bis zum Jahr 2026 nochmals auf dann rund 20 Billionen US-Dollar verdoppeln könnte und damit den Wert des US-amerikanischen Bruttoinlandsprodukts erreichen würde.

Atemberaubendes Wachstum, das auch auf dem ersten ETF-Forum der Deutschen Börse nach Ausbruch der Corona-Pandemie für Zufriedenheit und Schulterklopfen sorgte. Die Deutsche Börse berichtete dabei von einer Rekordzahl von mittlerweile 1800 bei ihr gelisteten Exchange Traded Funds, davon allein im vergangenen Jahr 200 neu hinzugekommene. Weiteres Wachstum erwartet die Branche vor allem durch die Themen Nachhaltigkeit und Exchange Traded Products im Kryptosegment. Allerdings herrschte auch Klarheit, dass die Zeiten schwierig sind und es viele Probleme gibt, die auch den ETF-Markt belasten könnten.

So war es auch nur folgerichtig, dass das erste – und auch spannendste – Panel der Veranstal-

tung als Diskussion mit drei hochkarätigen Volkswirten zu den vielfältigen Risiken stattfand. Neben dem DZ-Bank-Chefvolkswirt Dr. Michael Holstein waren auch der Deko-Chefvolkswirt Dr. Ulrich Kater sowie der Senior European Economist and Chief German Economist der UBS Investment Bank Dr. Felix Hüfner an Bord. Der Diskussion voran gab es eine Umfrage unter den Teilnehmern, welche Risiken sie in ihren Anlageentscheidungen aktuell am meisten beeinflussen. Wenig überraschend waren die Inflation und daraus folgend auch Zinssteigerungssorgen ganz vorne dabei. Zur Auswahl standen sonst noch: Ressourcenknappheit, Energiekrise und die Sorge vor einer Ausweitung des Krieges auf weitere Länder.

Ulrich Kater verdeutlicht die Krux der heutigen Zeit mit einer Frage: Welche Prozentzahlen hätten die genannten Risiken denn alle vor einem Jahr bekommen? Seine Antwort: Null Prozent! Wir stehen vor mehreren potenziell existenziellen Krisen und Problemen. Kater ging sogar so weit zu sagen, dass diese sich jedoch sogar erst vor gut sechs Monaten zu materialisieren begannen. Eine wahrlich schnellleibige Zeit. Etwas überrascht zeigte sich hingegen Hüfner vom Abstimmungsergebnis, wonach eine mögliche Energiekrise nur bei 7 Prozent der Teilnehmer zu Sorgenfalten führt. Er warb dafür, diesem Risiko größere Bedeutung einzuräumen.

Einigkeit herrschte am Ende darüber, dass die Bekämpfung der Inflation durch die Notenbanken das wohl langwierigste Problem sein dürfte. Wie Kater es ausdrückte: „Wenn die Inflation erst mal aus der Flasche ist, ist sie schwierig wieder einzufangen ...“ Allerdings wiesen die Volkswirte auch darauf hin, dass im Unterschied zu den 1970ern, als die Inflation mehr als ein ganzes Jahrzehnt lang belastete, diesmal die Notenbanken viel schneller reagieren. Sogar Isabel Schnabel hat jetzt schon die Notwendigkeit einer baldigen Zinsanhebung angedeutet. Angesichts der Tatsache, dass schon seit Anfang 2021 von verschiedensten Autoren in der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen vor einer Eskalation der Inflation gewarnt wird, hat es gefühlt jedoch dennoch ewig gedauert. Dem Wachstum der Branche dürfte das jedoch keinen Abbruch tun, denn erfahrungsgemäß sind Realwerte wie Aktien (und damit auch ETFs) der beste Schutz gegen inflationären Vermögensverlust und werden daher auch weiter Absatz finden.

Förderbanken I

Mehr politische Sicherheit

Es war insgesamt ein ordentliches Förderjahr 2021, über das die Landwirtschaftliche Rentenbank Ende April berichtet hat. Das Neugeschäft in der Fördersparte „Landwirtschaft“ stieg im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 18 Prozent auf 2,45 Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr verzeichnete die Rentenbank somit zwar noch einen deutlichen Anstieg der Nachfrage aus der Landwirtschaft nach Förderkrediten. Das Plus ist jedoch laut Vorstandssprecherin Nikola Steinbock stark beeinflusst von der Sondernachfrage durch das Investitionsprogramm Landwirtschaft des Bundes, auch bekannt als „Bauernmilliarde“. Grundsätzlich sieht sie eher eine Zurückhaltung bei den Landwirten, vor allem weil es diesen an politischer Sicherheit fehle, die man für langfristige Investitionsentscheidungen benötige. Vor allem die Tierhalter brauchten mehr Klarheit von der Politik darüber, welche Form der Tierhaltung künftig gewünscht ist. Auch bei den erneuerbaren Energien wuchs die Kreditvergabe um 21 Prozent auf 1,07 Milliarden Euro. Dies lag insbesondere an der hohen Nachfrage nach Finanzierungen von Windkraftanlagen mit Zinsbindungen über 10 Jahre. Fast zwei Drittel des Kreditvolumens entfielen auf dieses Teilssegment. Immerhin 22 Prozent der Förderkredite entfielen auf das Subsegment Fotovoltaik. Rückläufig hingegen war die Kreditvergabe im Bereich „Agrar- und Ernährungswirtschaft“.

Insgesamt sank das Förderneugeschäft damit doch recht deutlich auf 9,8 Milliarden Euro, nachdem es im Vorjahr noch bei 11,2 Milliarden Euro lag. Das blieb natürlich auch nicht ohne Einfluss auf die Erträge. So sank der Zinsüberschuss 2021 um 3,8 Prozent auf 285,7 Millionen Euro. Belastet wurde das Zinsergebnis jedoch nicht nur durch Volumeneffekte, sondern auch durch die Mitte 2021 geschaffenen technischen Voraussetzungen für die Vergabe negativer Refinanzierungssätze. Dadurch konnte das Institut im Vergleich zum Vorjahr mehr Zinszuschüsse ausreichen. Gleichzeitig zum rückläufigen Zinsüberschuss stiegen die Verwaltungsaufwendungen deutlich um 18,6 Prozent auf 90 Millionen Euro, was vor allem auf die Durchführung der Bundesprogramme, die Mietaufwendungen für ein Interimsgebäude und beschleunigt vorangetriebene IT-Groß-



projekte zurückzuführen war. Die Cost Income Ratio stieg folgerichtig auch sehr deutlich um 470 Basispunkte, allerdings erreichte diese mit 32,9 Prozent immer noch einen Wert, von dem die allermeisten Banken nur träumen können. Zum Jahresultimo 2021 erhöhten sich die auf Basis der Capital Requirements Regulation (CRR) ermittelten Kapitalquoten der Rentenbank ebenfalls. Die harte Kernkapitalquote verbesserte sich von zuvor 31,0 Prozent auf 31,8 Prozent, die Gesamtkapitalquote von 31,5 Prozent auf 32,0 Prozent – auch dies sind Werte, die nicht viele Banken vorweisen können.

Bei der Präsentation der Zahlen gab es auch einen Blick auf die Zahlen aus dem ersten Quartal. So verzeichnete die Rentenbank eine stark gestiegene Nachfrage – außer im Bereich Landwirtschaft. Das Neugeschäft mit Förderkrediten erreichte in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 1,9 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahresquartal mit 1,3 Milliarden Euro entspricht das einem Zuwachs um 46,2 Prozent. Laut Steinbock war es damit das beste erste Quartal in der Geschichte der Bank. Ausgelöst wurde der Nachfrageschub nach Einschätzung der Rentenbank jedoch vor allem durch Vorzieheffekte, da sich eine Zinswende immer deutlicher abzeichnet. Dementsprechend könnte es dann 2023 einen entsprechenden Rückgang geben. Es sei denn, die Landwirte bekommen etwas mehr politische Sicherheit – ein Luxus, den sich alle wieder wünschen würden.

Förderbanken II

Für ein Bayern von heute und morgen

Seit nunmehr 70 Jahren und ein paar Monaten fördert die LfA Bayern Unternehmen im Freistaat, unterstützt Innovationen, ermöglicht Start-ups und Betriebsgründungen und hilft in der Not. Gerade während der Corona-Krise hat sich das einmal mehr bewährt. Das Spektrum dabei ist groß: „Ging es in der Gründungsphase vor allem um den Wiederaufbau unseres Landes, steht heute die laufende Modernisierung unserer Wirtschaft und unserer kommunalen Infrastruktur an. Unternehmensgründer werden ebenso gefördert wie Investitionen in den Umweltschutz oder in eine effiziente Energieversorgung.“ So lässt sich der bayeri-

sche Ministerpräsident Markus Söder in seinem Grußwort in der im vergangenen Jahr erschienenen Festschrift zum 70-jährigen Jubiläum der LfA („70 Jahre LfA – Für ein Bayern von heute und morgen“) zitieren.

Im Jubiläumsjahr schaltete die LfA aus dem Corona-Krisenmodus auch wieder in die zukunftsgerichtete Politik. So gingen die Corona-Hilfen kräftig um 68 Prozent von rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2020 auf noch 488 Millionen Euro 2021 zurück. Dagegen erreichte die Gründungsförderung mit 570 Millionen Euro (plus 90 Millionen Euro) einen 10-Jahreshöchstwert und das Zusagevolumen für Innovationskredite stieg um 47 Prozent auf 151 Millionen Euro. Und die von den der LfA-Gruppe verbundenen Unternehmen BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und Bayern Kapital GmbH seit 2020 neu aufgelegten Eigenkapitalinstrumente haben sich ebenfalls bewährt: Der Innovationsfonds II verzeichnete eine Zusagevolumen von 6,3 Millionen Euro und der Wachstumsfonds Bayern 2 von 18 Millionen Euro. Der Venture-Capital-Fonds hat mittlerweile Investitionen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro in rund 160 bayerische Unternehmen geleistet. Hinzu kommt der von der LfA Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH gemanagte Transformationsfonds Bayern mit einem Zusagevolumen von 10 Millionen Euro. Insgesamt verzeichnete die LfA Bayern 2021 mit einem Gesamtfördervolumen von 3,2 Milliarden Euro den zweithöchsten Wert in der Unternehmensgeschichte, getoppt nur vom Corona-Ausnahmehjahr 2020, in dem sich die Förderleistung auf gut 4,3 Milliarden Euro summierte.

Die Bilanzsumme stieg 2021 leicht von 23,15 Milliarden Euro auf 23,57 Milliarden Euro, das Geschäftsvolumen von 24,85 Milliarden Euro auf 25,57 Milliarden Euro. Zins- und Provisionsüberschuss legten trotz des rückläufigen Fördervolumens um 10 Millionen Euro auf 128 Millionen Euro zu. Der Vorsicht wurde mit mehr als verdoppelten Zuführungen zur Risikovorsorge in Höhe von 48 Millionen Euro Genüge getan. Unter dem Strich verbleibt mit 20 Millionen Euro ein um 5 Millionen Euro niedrigerer Jahresüberschuss.

Nach dem „außergewöhnlichen Jahr 2021“ stehe die LfA „angesichts der Vielzahl der Unwägbarkeiten wie selten aktuell vor besonderen Herausforderungen“, betonte LfA-Chef Bernhard Schwab mit Blick auf das laufende Geschäftsjahr.